**Presseaussendung**

Bereichsübergreifender Kollektivvertrag 2022-2024 für das Personal der öffentlichen Körperschaften vorunterzeichnet.

Am Dienstag, den 19. November 2024, wurde der bereichsübergreifende Kollektivvertrag für öffentliche Angestellte von der Verhandlungsagentur und den Fachgewerkschaften vorunterzeichnet, der einen zusätzlichen Vorschuss auf den Inflationsausgleich für den Dreijahreszeitraum 2022-2024 vorsieht. "Es ist ein Zeichen der Verantwortung, den Vertrag vorunterzeichnet zu haben", sagen die Gewerkschaften, "um allen Beschäftigten die Sicherheit zu geben, dass sie einen Teil der Rückstände für die drei abgelaufenen Jahre erhalten. In diesem Zeitraum hat die Inflation ein Niveau erreicht, das alle vorhersehbaren Prognosen gesprengt hat. Zudem hätten wir ohne Vorunterzeichnung des Vertrages das verfügbare Geld verloren, da es in den Haushaltsüberschuss zurückgeflossen wäre. Wir sprechen von einer Summe für die Einzelnen zwischen 2.000 und 4.000 Euro, die zusätzlich zu den Nachzahlungen kommen, die wir bereits 2023 in Form einer Vorauszahlung erhalten haben."

"Aber all das reicht nicht aus", fahren die Gewerkschaften unisono fort, "wir brauchen mehr Geld und ein neues System, um die Gehälter der Beschäftigten bereits ab 2025 aufzuwerten."
Und genau zu diesen Themen werden die Gewerkschaften Agb/Cgil, SgbCisl, Sgk/Uil, Asgb, Nursing Up und Gs-Sag ihre Forderungen und Vorschläge in einer Pressekonferenz am Donnerstag, den 21. November, ab 10 Uhr im Auditorium des Landes, Landhaus 2, vorstellen.

19.11.2024

Für Informationen:

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| **AGBCGIL**Angelika Hofer | **SGB*CISL***Claudio Scrinzi | **UIL SGK**Sabina Bonetalli | **ASGB**Andreas Dorigoni | **NURSING UP**Massimo Ribetto | **SAG**Gianluca Moggio |

 335 757 8437 339 742 5812 333 155 7380 328 380 7311 331 479 9174 333 774 9974